

# Neue Zeitungs- Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

№. 90.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 198.

Geschäftsstelle in Halle a. S. Leipzigerstr. 87. Hinterhaus.  
Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing. Nr. Braunschweig.  
Verantwortl. Dr. Walter Bebenrode in Halle a. S.

Zweite Ausgabe  
Mittwoch, 22. Februar 1905.

Geschäftsstelle in Berlin Bernburgerstr. 3.  
Telephon Amt VII Nr. 11494.  
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

## Deutsches Reich.

**Deutsches Südwestafrika.** Nach Meldung des General-Lieutnants v. Trotha ist die zweite Kompanie Feldregiments 1 nach Ostafrika zur Aufführung vorgegangen, wofür am 13. Februar die Telegraphenstation von einer Gortottenbande angegriffen worden war. Nach ihrer Niederlage soll am 21. Februar ein Detachement unter Hauptmann v. Zuehl, bestehend aus dem 2. Kompanie Feldregiments 1, der 10. Kompanie Feldregiments 2 und der Halbatterie Stuhlmann von Gibeon den Gortotten widerständig entgegen, um Nordetapien anzufragen, die östlich Matlaböhe festgestellt worden sind, anzufragen.  
Aus Südwestafrika wird gemeldet: Das Marine-Expeditiionskorps kehrt schon im Monat März nach Ostafrika in die Heimat zurück und zwar in zwei Staffeln. Erste Staffel bestehend aus der dritten und vierten Kompanie, zwei Drittel der Maschinenfanonenteilung und der halben Sanitätskolonne, zusammen 8 Offiziere, 4 Vortruppenoffiziere, 286 Mann. Am 5. März tritt die erste Staffel die Heimreise von Swakopmund an. Die zweite Staffel, bestehend aus dem Stabe, der 1. und 2. Kompanie, Rest der Maschinenfanonenteilung, der Hälfte der Sanitätskolonne, in Stärke von 10 Offizieren, 5 Vortruppenoffizieren und 176 Mann. Die zweite Staffel wird am 20. März die Heimreise von Swakopmund antreten.

**Se. Majestät der Kaiser** unternahm Montag nachmittag einen Spaziergang und empfing abends um 7 1/2 Uhr den Reichsfänger Grafen v. Bülow zum Vortrag. Zur Familien-Abendstunde war auch der Prinz von Sachsen-Coburg-Gotha erschienen. Dienstag morgen unternahm der Kaiser den gewöhnlichen Spaziergang im Tiergarten. In der Reichsfänger, hörte im königlichen Schloße die Vorträge des Chefs des Militärkabinetts und des Chefs des Admiraltabs, nahm um 12 1/2 Uhr militärische Meldungen entgegen und begab sich sodann zu einem Frühstück beim Offizierskorps des Kaiser Alexander-Regiments.  
Der Besuch des Kaiserpaars am Großherzoglichen Hofe in Neustrelitz ist dem Vernehmen nach für Mitte März d. J. in Aussicht genommen.

**Kardinal-Niederbichler** Aop in Breslau ließ durch Vermittlung des Kardinal-Erzbischofs Fischer in Köln der „Eigener Sotschlagung“ 2000 Mark für notleidende Bergleute zugunsten.  
In der Stadterweiterungs-Vereinbarung in Königsberg am Dienstag machte Oberpräsident von Nolte Mitteilung über die Ausbeute bei dem Kaiser, zu der er am Mittwoch mit dem Oberbürgermeister Bötze beraten worden ist. Der Kaiser habe sich dahin ausgesprochen, daß unbeschadet des wichtigen militärischen Interesses, das sich in Königsberg als stark festliegend, doch die Erweiterung des Stadtbereiches wichtiger und notwendiger ist, damit der alten, freien Stadt das gegeben werde, was sie jahrhundertlang als Festung erachtet habe: Licht und Luft und genügende Freiheit zur Entwicklung. Der von der Stadt vorgedachte Plan der Entfestigung sei eine geeignete Grundlage, um darauhin weiter verhandeln zu können. Das dies bald geschehe, des Kaisers Wille. Die Stadt sei also frei. Damit gehe Königsberg einer neuen großen Entwicklung entgegen, eine Stadt, die eine feste Burg des Deutschlands an der Grenze des Deutschen Reiches sein und bleiben müsse.

**In der Budgetkommission des Reichstages** kam es am Dienstag bei der Beratung des Etats der Reichs-Eisenbahnen über die Beschaffung von Eisenbahnen für die Provinz Sachsen zu einer lebhaften Erörterung über die Rückzahlung der Betriebsmitteln in einjährig auf den Bedarf der verschiedenen Eisenbahnverwaltungen an Betriebsmitteln wie über den Typ der neu zu beschaffenden Betriebsmittel der Reichseisenbahnen.  
Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beantragte nach beschlüssiger Debatte die Wahl des Abg. v. Altkow, (R. 2. Mittelwahl) und beschloß die Bewerzung in einigen Punkten.  
Mitglieder aller Parteien des Abgeordnetenhauses haben den Antrag eingebracht, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, durch Absetzung oder Ansetzung des künftigen Mittels bereit zu stellen zur Gewährung von unverschuldeten oder gering verzinslichen Darlehen an die durch den elementaren Wasserstand des Sommers 1904 schwer geschädigten Reichseisenbahnen zum Zwecke ihrer Erhaltung im dauernden und dauerhaften Stande.

## Deutscher Reichstag.

144. Sitzung vom 21. Februar 1905.  
Am Bundesratsitzung: Graf v. Solowjew.  
Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die Abimmung über die Bewerzung des Zollausstrags an eine Kommission, bei der sich am Sonnabend die Beschlußfähigkeit des Hauses ergeben hatte.  
Für die Kommissionsetzung stimmen 151 Abgeordnete, dagegen 113, der Stimme enthielt sich ein Abgeordneter. Der Zollausstrag wird nach an einer Kommission von 23 Mitgliedern verhandelt.  
Hierzu tritt das Haus in die Beratung des sozialdemokratischen Antrages, der die Erziehung eines Reichsarbeitsamtes, der Arbeitsämter, Arbeitsämtern und Einigungsämter verlangt. Hierzu wird die Erörterung eines nationalliberalen Antrages verbunden, der die Erziehung eines Arbeitsamtes fordert, bezugnehmend auf den polnischen Antrag, der sich in gleicher Richtung bewegt.  
Zur Begründung des sozialdemokratischen Antrages, der 43 Paragraphen umfaßt, erhebt das Wort  
Abg. Ziehe (Soz.): Was in den 20 Jahren bei all der An-

strengung auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung herausgekommen ist, das ist nicht bloß eine Frage, es ist noch viel weniger als ein Rätsel. Durch ein Reichsarbeitsamt hätte man die angelegenen Kämpfe im Industrievernehmen können. Aber die Regierung hat nichts getan, sie hat sich behalbs zum Wohlwandel an den Vorparlamenten gemacht. Im Auslande sind Arbeitsämtern fast allgemein, so in den Vereinigten Staaten. Aber, aber, aber, die Kommission für Arbeitsbeschaffung hat sich nicht, aber es genügt bei weitem nicht. Die Berufsfindungen sind zum Teil sehr wertvoll, aber sie umfassen nur einen kleinen Teil des Arbeitsbedarfes. Es ist ein Zeichen der Unklarheit, daß wir noch immer eine ausgedehnte Kenntnis der Berufsbedürfnisse der Arbeiterklasse, der Säule der Nation, vermissen müssen. Einmal müssen die Arbeitsämtern und das Reichsarbeitsamt kommen, warum denn jetzt dieses lange Warten? Die Zustände in der Arbeiterwelt werden immer schlechter. In den Beratungen über den Streik ist nachgewiesen worden, daß man den Arbeitern in der Kohlenindustrie sechs Jahre ihres Lebens gestohlen hat. (Beifall bei dem Red.)  
Abg. Ziehe (Soz.): Ich habe ich organisatorische Wünsche, deren Erfüllung etwas lange auf sich warten läßt und bei denen auch ein etwas schnellerer Tempo gewünscht hätte. Die Regierung hat auf dem Wege der Aufführung ein sehr reichliches Maß von Arbeit umgeleitet, auch ohne ein Reichsarbeitsamt. Die Regierung hat es an sich nicht fehlen lassen. Was die Form des Reichsarbeitsamtes anbelangt, so leben wir auf dem Standpunkt, daß dieses Amt eine Gesamtheit für alle einschlägliche Material werden soll. Eine weitere Aufgabe wollen wir ihm einzuweisen im Gegensatz zur Sozialdemokratie nicht nicht geben. Ich habe die Überzeugung, daß wenn wir auch noch so große Streiks wie den im Industrievernehmen vermeiden können, wir doch durch rechtzeitige Unterbrechung der Beschäftigung eine Verringerung schaffen können. Ich bitte Sie, meinen Antrag möglichst einstufig anzunehmen. (Beifall bei dem Red.)  
Abg. Kautsky (Soz.): Meiner Antrag will als Anregung dienen. Wir wollen alle Wege gehen, die gangbar sind, um etwas zu erreichen. Wir haben in den meisten anderen Staaten solche Arbeitsämtern, warum ist dies nicht bei uns möglich?  
Abg. Timmermann (Soz.): Wir haben schon 1893 einen solchen Antrag eingebracht. Wir haben dann die ganzen zwölf Jahre alle erdenklichen Versuche gemacht, die Verwirklichung dieses Planes zu erreichen. Von einer Kritik der sozialdemokratischen Vorlage sehe ich ab, die Wüste der Arbeitlosigkeit und der Armut, die in Folge der Arbeitslosigkeit entstehen, können wir den sozialdemokratischen Antrag nicht, ebenfalls können wir den Regierung als Material überweisen. Bei der zweiten Lesung werden wir diesen Antrag oder einen auf motivierte Lageordnung stellen. Ein Reichsarbeitsamt halten wir für dringend nötig, eine jährliche Zentralstelle mit sehr beschränkten Kräften ist notwendig.  
Abg. Pauli (Soz.): Wir werden alle drei Anträge ablehnen, obwohl wir gegen den Gedanken des nationalliberalen Antrages nicht einzuwenden haben. Die Arbeiter haben schon bei vielerlei sozialpolitischen Einrichtungen Vorkämpfer. Auf der anderen Seite kann man nicht wünschen, daß die Arbeiterklasse und sonstige sozialdemokratischen Aktivatoren, die in die beschriebenen Gänge getrieben werden, als Arbeitervertreter fungieren sollen, obwohl sie gar keine Arbeiter sind. Diese Entwicklung läuft dahin, daß die Deutschen konturenunfähig werden. (Lachen links.) Jawohl, weil das Ausland billiger arbeitet. Wird eine Regierungsvorlage über diese Frage vorgelegt, werden wir sie wohlwollend prüfen. (Beifall bei dem Red.)  
Abg. Dr. Wagner (Fr. Soz.): Der sozialdemokratische Gegenantrag ist sehr verbesserungsbefähigt. Das Reichsamt des Innern ist ein Gebilde, das auf die Dauer nicht einseitig bleiben kann. Da es doch geteilt werden muß, sollte man einem Reichsarbeitsamt von vornherein alle sozialpolitischen Aufgaben des Reichsamtes des Innern übertragen. Ich würde für Arbeitsämtern gerade auch besorgen, um zu zeigen, daß nicht bloß Sozialdemokraten, sondern auch andere Parteien für sie eintreten. Für den nationalliberalen Antrag werde ich heute schon stimmen, den polnischen der Regierung als Material überweisen und schließlich bei der zweiten Lesung zum sozialdemokratischen Antrag Stellung nehmen. (Beifall.)  
Abg. Haack (Dritt. Soz.): Meine Partei ist in dem Bundesrat die sozialpolitischen Mitarbeiter vom Februar 1890 ausgeführt zu sehen, stets für Arbeitsämtern eingetreten. Den nationalliberalen Antrag und den polnischen werden wir der Regierung als Material überweisen. Der sozialdemokratische Gegenantrag hat auf mich und meine Freunde einen tiefen Eindruck auf mich gemacht. (Beifall.)  
Abg. Dr. Wachsmuth (Fr. Soz.): Der sozialdemokratische Antrag werden wir noch gründlich betrachten. Die Initiative muß das Reichsarbeitsamt bekommen, es muß das Trägertum und ein gewisses Ansehen erhalten.  
Nach einer weiteren Rede des Abg. Erzberger (Soz.) schließt die Befragung. Nach Schlußnahme der Abg. Hebel (Soz.) und P. 3 (nl.) verlegt sich das Haus.  
Mittwoch 1 Uhr: Dritte Lesung der Handelsverträge. Schluß nach 6 Uhr.

## Preussischer Landtag.

144. Sitzung vom 21. Februar, 11 Uhr.  
Im Ministerialrat: Studt.  
Die zweite Lesung des Etats wird dem Ministerialrat vorgelegt.  
Berichterstatter ist Abg. Wandler (Soz.) Beim Antritt des Ministeriums haben die Herren Minister die vorläufigen Erklärungen der Regierung die Superintendenzen der evangelischen Kirche nicht besser gestellt sind.  
Minister Studt erwidert, eine solche Verrückung sei zwar für die nächste Zeit, nicht aber schon für dieses Jahr in Aussicht gestellt worden. Im übrigen gehe der vorläufige und die bisherige Zeit, welches Wohlwollen die Regierung den evangelischen Geistlichen entgegenbringe.  
Abg. Frieberg (nl.) fragt an, wie der Erlaß des Ministers vom 21. Januar 1905 über die Beteiligung der Schüler an den marianischen Kongregationen mit den vorläufigen Erklärungen übereinstimme, und mit, die neuesten Zeitungsberichte lassen erkennen, daß der Erlaß auf der Hochschule zu Hannover noch nicht wiederhergestellt sei.  
Minister Studt: Dieser Erlaß ist in 6 Fällen Aufträge auf Einrichtung von marianischen Kongregationen an höheren Schulen gestellt worden und in allen diesen Fällen ist die Genehmigung noch nicht erteilt. (Süßl. hört im Zentrum.) Den Erlaß zu dem angeführten Erlaß in einer gewissen Parteipresse (Lärm bei den Benachteiligten) hat wohl nur die Frage der Teilnahme von Schülern an Gottesdiensten der marianischen Kongregationen. Sollte ich den Erlaß nicht Gottesdienste den Schülern auch in Begleitung der Eltern nicht gestattet, so wäre dies mit Art. 12 der Verfassung kaum zu vereinbaren. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Eine gewisse Parteipresse hat bei einem großen Feldzug gegen mich verfahren; ich habe zu den verlegenen Angriffen geschwiegen und damit dem Instanzellen Frieden und dem häuslichen Zusammenhange geblieben. (Lebhafte Beifall im Zentrum und rechts, links und Lärm bei den Benachteiligten.)  
Ministerialdirektor Althoff: Lieber die neuesten Vorgänge in Hannover bedürfen wir noch näherer Informationen. Ich will jetzt auf die Sache noch nicht näher eingehen. In Begreifung für die abendlichen Freiheit steht ich aber niemand nach Lärm bei den Benachteiligten, am wenigsten dem Abg. Frieberg. (Lärm bei den Benachteiligten; Abg. Frieberg ruft: Ich verbitte mir das!) Ich verbitte mir das auch. Wir stehen auf dem Boden der wahren abendlichen Freiheit. Bin ich jetzt etwas schärfer gewesen, so führe Sie das auf die Ingerichtigkeit zurück, mit der die Unterrichtsverwaltung in letzter Zeit angetrieben ist. An den Urteilen sind nur gewisse Organe schuld. (Lebhafte Beifall rechts und im Zentrum, Lärm und Lärm bei den Benachteiligten.)  
Abg. Dietrich (D.) bauernt, daß den katholischen Orden noch immer zahlreiche geistliche Schwärmer gesogen sind.  
Minister Studt: Die einschneidenden geistlichen Bestimmungen, welche der Ausbreitung der Lebensbedingungen der katholischen Kirche Hindernisse bereiten, müssen erlassen bleiben; die nach dieser Richtung früher von mir dargelegten Gründe sind noch jetzt maßgebend. Es bestehen jetzt 1900 Orden mit 25 000 Mitgliedern, ein Zustand, mit dem die katholische Kirche zufrieden sein kann.  
An unvollständigen Bemerkungen des Abg. Erzberger (Fr. Soz.) antwortet, rechtzeitig.  
Ministerialdirektor Schmarzopf als ein Schuldirektor und Lehrer ergangen Verbot, Privatn. schulisches Material über Schulunterricht zur Verfügung zu stellen. Die Verfügung besteht schon seit den 80er Jahren.  
Minister Studt: Ich habe die Verfügung in dem Sinne, daß sie die Kultur schon deshalb, weil wir unsere Religion frei ausüben konnten. Zu denen, die uns diese Freiheit immer mehr befürchten, gehört Abg. Erzberger. Nach dieser Richtung ist er also ein Aufmerksamkeitspunkt. (Süßl. hört.) Redner trägt die üblichen politischen Klagen vor und behauptet, daß alle seine Wünsche auch in Zukunft erfüllt werden. Ich werde mich bemühen, die polnische Sprache höhere Berücksichtigung finden. Die Parole müsse „rückwärts!“ heißen.  
Minister Studt: An ein „Rückwärts!“ ist nicht zu denken. Wir befinden uns in einer Zwangslage, in die uns die großpolnische Agitation gebracht hat. Wenn die Klagen der Polen immer nur in Bezug auf die Erhaltung der Unterrichtsministerien und dem Behalten der Provinzialverwaltungen bestehen, werden sie auf uns keinen Eindruck machen. Die ehemals polnischen Anstalten sollten für die ihnen von Preußen gebrachte Kultur dankbar sein. Auch in der Schulpolitik wird ein Wandel eintreten. (Beifall.)  
Abg. Kautsky (Soz.): Ich befürchte mich in dem Vorhaben die Bildung eines besonderen Unterrichtsministeriums und dem Behalten der Bezirke der Erziehung des Schulunterrichtsangelegenheiten. Weiter wünscht Redner eine Verrückung und Vermehrung der Lehrer, erwidert sich nach dem Stande der geistlichen Regelung von Schülern zu beantworten haben.  
Ministerialdirektor Schmarzopf: Unser Standpunkt zur Lehrerbesoldungsfrage ist wiederholt dargelegt worden. Dem Lehreramt treten wir durch fortgesetzte Vermehrung der Lehrerseminare und Präparandenanstalten entgegen.  
Abg. Erzberger (Fr. Soz.): Herr v. Kautsky hat die Güte gehabt, mich das Bedürfnis Kulturminister abzufragen. (Süßl. hört.) Ich komme dem zu, wenn er die polnische Kultur am Ende des Jahrhunderts Polen im Norden hätte, wo die Bevölkerung stark zurückgefallen ist, die niederen Volksschichten verarmt, überzogen und verdrängt werden. (Beifall.) Für ein besonderes Unterrichtsministerium ist mich nicht begeistert, unter den heutigen Verhältnissen geben Kultur und Unterricht zusammen; hingegen würde die Abtrennung der Provinzialverwaltung eine harmlosere Entlastung schaffen. Die Ungleichheiten in der Lehrerbesoldung müssen beseitigt werden, dann wird der Landhaushalt der Lehrer am besten Einhalt getan. Ohne Schulreform gibt es kein Schulunterrichtsangelegenheiten; das müßte auch Abg. Kautsky wissen, wenn er nicht gefaselt hat. (Süßl. hört.) Wer die Sachlage draußen im Lande anders darstellt, das handelte (mit erhobener Stimme zum Abg. Kautsky) noch besseres Wissen oder mit völliger Sachkenntnis. (Sehr wohl rechts, links und Mitte links: Lärm!) Man kann die Wahrheit allerdings nicht laut genug ausprechen. Jene Agitation hat der Zweck der Lehrer höhere Gehälter. (Süßl. hört.) Ich bin mit uns im Streit mit dem Schulunterrichtsangelegenheiten zu beschaffen. (Beifall rechts.)  
Minister Studt bestätigt, daß das Schulunterrichtsangelegenheiten im Herbst eingebracht werden soll und derzeit gleichfalls die in der Provinz betriebene unverschuldeten Begehren gegen das Schulministerium.  
Abg. Erzberger (Fr. Soz.): Wir begrüßen die Forderung des Ministers über die baldige Einbringung des Schulunterrichtsangelegenheiten, dem eine wohlwollende Prüfung von unserer Seite sicher ist, wenn es sich im Rahmen des bekannten Schulreformprogramms hält. (Sehr wohl rechts.) Das Reformprogramm bildet aber auch die Grundlage, jenseits deren unter Entgegenkommen auftritt. Gärten in der Lehrerbesoldung müssen beseitigt werden. In der Frage der Stellung des Kultusministeriums muß der Herr Schriftführer von der Staatsregierung ausgehen; der Minister muß auch auf diesen Punkt, so er den jetzt an ihn gestellten Anforderungen demselben gerecht bleiben kann. (Sehr wohl.) Die Trennung von Kultur und Unterricht ist im Abg. Kautsky verstanden, ist ein Hindernis. Gegenwärtigen Augenblick bin ich nicht für die Abtrennung der Provinzialverwaltung. Die geistliche Unterrichtsverwaltung muß erhalten

Wählen. Die Bitte fast immer, der Minister soll sich für ihn nach geordneten Beamten, der Behrer, annehmen. In diesen Beamten (gehört aber auch die geistlichen Ordinariatsinspektoren (Sehr nachteilig) und wie werden diese von einzelnen Lehrern mit Angriffen überfallen, die zuweilen bis an die Grenze der Beschimpfungen herangehen. Den berechtigten Klagen der Superintendenten muß der Behrer entgegen treten (Wohler Befehl rechts).

Ausland. Oesterreich-Ungarn. Böhmen.

Eine Obmann-Konferenz in Wien, an der die Obmänner der meisten Parteien des Abgeordnetenhauses teilnahmen, beschloß bei der bevorstehenden Präsidentschaftswahl für die Wiederwahl des bisherigen Präsidenten Grafen Tielepeter einzutreten. Der Abgeordnete Julius Jaksch (Konservativ) wurde als Kandidat der vereinigten Opposition gegen Bela Tielepiter (liberale Partei) mit einer Majorität von 62 Stimmen zum Präsidenten des ungarischen Abgeordnetenhauses gewählt. In Ungarn sind die Präsidenten Grafen W. Olgar (Radikale) und Stephan Radoszky (Volkspartei) gewählt.

Frankreich.

Interpellation über die Grausamkeiten in Französisch-Kongo. Der republikanisch-nationalistische Deputierte E. Gheriff kündigte eine Interpellation über die von einzelnen Kolonialbeamten in Französisch-Kongo begangenen Grausamkeiten an.

Schweden.

An Stelle des Obersten Kellers, der zurückgetreten ist, wählte der Bundesrat den Oberbischöflichen Sprecher von Bernung zum Chef der Generalstaatsabteilung.

Belgien.

Zum Bergarbeiterstreit. Aus Mons wird gemeldet: Auf fast allen Gruben des Borinage ist Dienstag pünktlich in beträchtlichem Umfang die Arbeit wieder aufgenommen worden; in vielen Gruben sind die Beschäftigten beinahe vollständig wieder eingetroffen. Man glaubt, der Ausbruch in dem Borinage werde Mittwoch als beendet angesehen sein, und man erwartet, daß auch in den Kohlenbergen von Charleroi und La Louviere das hiermit gekündete Streik-Verbot in Kraft treten werde, sobald die Nachricht dorthin gelangen sei. In zwei Orten des Borinage erfolgten in der Nacht Explosionen, durch die einige Sachschäden angerichtet wurden. In Charleroi ist die Zahl der Ausständigen Dienstag etwa 1050, was eine Abnahme gegen Montag um etwa 1000 Vergleiche bedeutet. Es herrscht überall Ruhe.

Aus Brüssel wird gemeldet: Der Ausbruch der Bergarbeiter in den Beten von Charleroi, Mons und La Louviere dauert fort und hat sogar eine geringe Verstärkung erfahren. Es dürfte, wie wir schon erwähnten, noch gegen 70000 Arbeiter fehlen. Die Erzeugung über den vorausachtlichen Widerstand des Ausstehenden macht sich in verschiedenen Anzeichen auf Arbeitstagen fassen, wobei jedoch überall die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Kohlenwerke sind erschöpft, und die Industrie ist bereits auf Lieferungen aus Deutschland und Frankreich angewiesen. Eine in Charleroi abgehaltene Bergarbeiter-Versammlung beschloß, den Arbeitseinstimmlich nochmals um seine Vereinnahmung in der Hoffnung angehen und ihn zu erlauben, die verlangten Reformen in einer Weise anzunehmen, die den Bergarbeitern Montag in Charleroi verarmte Landesaufsicht der Vergleiche, der sich mit der Ausständigen befehlen sollte, befristet, seine Entscheidung bis zum kommenden Sonntag zu versetzen. Man erwartet die dahin ein merkwürdiges Nachlassen des Ausstehens.

Ungarn.

Handelsbeziehungen mit Oesterreich-Ungarn. Zu der Werbung eines Blattes aus Sofia, daß die dortige Regierung gegenüber Oesterreich-Ungarn nach dem Ertritte der Währungsreform der Handelsverträge mit den neuen autonomen Staaten anzuwenden seien, bemerkt das Wiener Fremdenblatt, daß zwischen Oesterreich-Ungarn und Bulgarien schon seit längerem Verhandlungen über eine provisorische Verzweigung der wechselseitigen Handelsbeziehungen fänden und daß voraussichtlich zunächst ein mehrmonatiges Provisorium abgeschlossen werden wird.

Rumänien.

Beiden Senatswahlen am Montag im ersten Wahlgang wurden 42 Konervative und 42 Oppositionelle gewählt. Es sind sieben Stichwahlen erforderlich.

Großbritannien.

Zum Entlassungsgeheul Lord Dudley's. Während der Beratung am Unterhause am Montag über den Unterantrag Besetzung von Irland, an dem Dudley teilnahm, wurde der Antragsteller für Irland, W. D. Barry, über den Antrag gefragt, den Lord Dudley, der Generalgouverneur von Irland, an der Ausarbeitung des Reformprojektes für Irland gehabt haben soll. Das Projekt war von der Regierung abgelehnt, und wegen desselben hatte Sir Arthur Wilson, der permanente Unterstaatssekretär für Irland, eine Rede gehalten. W. D. Barry antwortete, daß die Regierung, als sie McDonnell tabelte, nicht genügt habe, daß Lord Dudley das Verhalten McDonnell gestillt habe. Die „Times“ glauben zu wissen, daß Lord Dudley sein Entlassungsgeheul eingekippt habe (wir nahmen hiervon bereits Kenntnis) und daß der Kabinettstakt Dienstag zum Ausdruck wurde, um über die Sache zu beraten. Hierzu wird weiter gemeldet: Lord Dudley, der Generalgouverneur von Irland, erklärt, daß die Nachricht, daß er sein Entlassungsgeheul eingekippt habe, nie richtig.

Nordamerika.

Im Repräsentantenhaus in Washington erklärte am Montag Baser, das amerikanische Volk sei enttäuscht über die Ermordung des Großfürsten Sergius; gleichzeitig sprach der Redner für aber mißbilligend darüber aus, daß Präsident Roosevelt aus diesem Anlaß eine Verleumdung nach Außen gerichtet habe, während das künftige Ereignis vom 22. Januar von ihm unbedeutend gehalten sei. Baser erklärte, die Demokraten mißbilligen die Ermordung des Großfürsten Sergius, aber auch die Ursache dieser Tat.

Die Lage in Rußland.

Aus Petersburg wird der „Soll“ unter dem 21. c. gemeldet: Der Verlauf der gestrigen Studentendemonstration kann, wie der hiesige Korrespondent der „Soll. Ztg.“ seinem Blatte schreibt, die Regierung nicht mehr im Zweifel lassen, was ihr von der gesamten Zivilbevölkerung, sowie den höchsten Ständen bevorzogen, wenn sich nicht schnellstentschieden ernsthafte Schritte zur Klärung der Lage zu tun. Die allgemeine Lage entwickelt sich immer bedrohlicher. Der allgemeine Zustand aller Beamten und Arbeiter der Eisenbahnen hat sich gegen die Arbeiterverbände ein, die erwarten, daß sich baldigst die Kollegen aller übrigen Bahnen den im Zustand anschließenden werden. Es ist heute bereits ausgeschlossen, daß die noch im Lande vorhandenen Eisenbahntrouppen

genümen, um die Rintzen zu besetzen und zu bedienen, deren Veronal fast jegt im Ausnahme befindet.

Plan einer Reise nach Moskau. Der „Schlesischen Zeitung“ soll General A. Kravov um seinen Abtritt als Generalgouverneur von Petersburg angehen. Er habe bereits seine Wohnung im Winterpalais verlassen und seine Familie nach Moskau gelebt. Aus Petersburg wird gemeldet: Seit Sonntag werden in verschiedenen Stadtteilen Arbeiter von bewaffneten Mosambauern überfallen. Die Überfälle nahen Montag einen bedrohlichen Umfang an. Man spricht von vielen Toten und Verwundeten. Die Bevölkerung ist in höchster Angst. Jede Zusage ist eingeleitet, die Wachen sind Dienstag geschlossen. Folgende weitere Meldungen liegen vor: In Nowo-Nabokoff ist ein allgemeiner Arbeiterausbruch ausgebrochen. Die Arbeiter verlangen Lohnzahlung. Ein Teil der Arbeiter in den Werkstätten der Eisenbahn-Sachsen-Union in Salung ist Montag nachmittags nicht zur Arbeit gekommen. Die Ordnung ist nicht gestört worden. Aus Maschin erfahren viele Arbeiter begehren sich auf die Dörfer. - 2000 Wagen schlechterer Qualität treffen täglich ein. Die Arbeiter in der Kronenfabrik-Abteilung und in den Dampferien von Gorkow sind in Ausstand getreten. Die Zahl der Ausständigen in Ufa ist bis zur Hälfte der gesamten Arbeiterzahl angewachsen und beträgt zur Zeit 5500. Arbeiter sind keine Aufhebungen vorgenommen.

Die Angehörigen der Moskwa-Sibirien-Eisenbahn sind Dienstag in den Ausstand getreten, was gegen heute auf dieser Bahn von Moskau eine Lage ist die Annahme und Stilllieferung von Gütern und Gepäck eingeleitet. Infolge der Einstellung des Petroleumtransports durch die Süddeutschen haben fast alle Stationen in Polen unter Petroleummangel. Die Vorräte sind fast erschöpft, die Preise bedeutend gestiegen. Amlich wird in Petersburg bekannt gegeben, daß Großfürst Paul Alexanderowitsch mit dem früheren König eines Generalleutnants und der Witwe eines Generals in Ufa in den Dienst gestellt wurde. - Großfürst Paul ist in Jaroslawo Slawo angekommen. Wie aus Petersburg telegraphiert wird, ist die Anklage gegen Marim Gorki jetzt fertiggestellt. Die Anklage lautet auf Hochverrat. Der Richter kann also nach den russischen Gesetzen im Falle der Verurteilung lebenslängliche Kerkersstrafe erhalten. Es wird noch gemeldet aus Schemskale (Autais): Hier ist der Generalausstand ausgebrochen. Infolge der Drohungen der Anklagen wurden die Geschäfte geschlossen. Sowohl Fuhrleute als Wagensführer fehlen. Es gibt weder Brot noch Fleisch, noch sonstige Waren zu kaufen. Dienstag abend wurden unter militärischen Schutze zwei Fleischläden geöffnet. Auf den Straßen sind eine Menge Arbeiterlos. Überall sieht man Militär. Viele Einwohner der Stadt hungern. Die Führer der Arbeiter verprechen baldigste Belagerung des Ausstandes.

Der Krieg in Ostasien.

Ein Telegramm des Generals Rurpakow vom 20. d. M. an den Kaiser lautet: Die Japaner setzten ihren Angriff auf Tschingcheng fort, wurden aber von unserer Abteilung zurückgeworfen, welche am 19. d. M. Dapinduch besetzte. Am 18. d. M. verbrannte eine Skotenpatrouille in der Nähe des Dorfes Lichang, 10 Meilen nordwestlich von Chagum, ein feindliches Depot für Lebensmittel, nahm zwischen Lichang und Chagum einen Probianttransport weg und verbrannte ihn, als sie von drei Seiten vom Feinde eingeschlossen war, worauf sie zu unseren Truppen durch die Berge zurückkehrte.

Aus Nord und Fern.

Zur Ermordung des Herrn von Gilsenbach. Aus Tschifu wird gemeldet: Die beiden hier verhafteten Chinesen legen über die Ermordung der beiden Marineattachés v. Gilsenbach und de Cuverville wie folgt aus: Die Attachés hätten zusammen mit einem russischen Kapitän eine mit fünf Chinesen besetzte Kanone genommen. Als sie auf der Höhe von Tschifu waren, hätten die Chinesen, die das Gerannabens eines Sturmes beabsichtigten, darauf bestanden, nach der Taubenbucht zurückzukehren, die Russen hätten jedoch verweigert, sie zur Taubenbucht zu zwingen. Darauf habe sich ein Kampf entpönt, bei dem die drei Europäer über Bord geworfen worden seien. Darauf seien die fünf Chinesen, die sie sich nach Fort Arthur zurückzuziehen fürchteten, mit der Kanone nach Tschifu, nördlich von Tschifu, gezogen. Die an der Taubenbucht verhafteten Chinesen sind hier durch Flüchtlinge aus Port Arthur identifiziert worden, die feinerzeit die Kanone für die Attachés gemietet haben. Die Verhaftung der anderen drei in die Angelegenheit verwickelten Chinesen wird erwartet. Gegen die vier Chinesen, die den Mord begangen, ist gemäß dem Beschluß seines Verwaltungsausschusses ein Antrag des sozialdemokratischen Magistratsrates Schmidt, für die Arbeiterämtern im Auftrag 15000 M. zu genehmigen, abgelehnt. - Die Stadtratsverordnetenversammlung in Rühnberg legte Dienstag den sozialdemokratischen Antrag auf Bewilligung von 10000 M. für die Bergarbeiter im Auftrag, welche Forderung im Laufe der Debatte seitens der Antragsteller auf 5000 M. ermäßigt wurde, ab. Großherzog. Aus Boston wird gemeldet: Aus unbekannter Ursache brach Dienstag morgen 11 Uhr 30 Minuten an der Landungsbrücke Nr. 4 des Postamtes ein Pöbel in Charlestown Feuer aus, das mit rasender Schnelligkeit den Dampfer „Higland“, einen der größten und „Daltongall“ von der Daltongall, gegen die Masten hin und verbrannt, der angerichtete Schaden wird auf eine halbe Million Dollar geschätzt; die Schiffe und Ladungen sind nicht vollkommen verloren.

Weiter wird hierzu gemeldet: Die von dem Brande in Charlestown betroffene Dampfer „Higland“ hat in ihrer Heimathafen in bestimmter Form zur Hilfe gemacht, alle Bedürfnisse nur bei Deutlingen zu decken. Die gleiche Weisung ist an die Anlieber ergangen. Diejenigen Anlieber, welche der Weisung nicht entsprechen, sollen Einziehung aller staatlichen Vergünstigungen zu gewärtigen haben. Mannheim, 21. Febr. Im Saßengebiet kam es gestern zu Zusammenstößen zwischen Kohlenarbeitern, die seit dem letzten Streik arbeitslos sind, und Arbeitswilligen. Die Arbeitslosen drangen in Kohlenlager ein, mißhandelten die Arbeitswilligen und verbrannten die Vorräte. Drei der Täter wurden verhaftet.

Wien, 21. Febr. Als Demonstration gegen den derzeitigen Universitätsrektor Hofkaplan Professor Dr. Schmidt fand morgen der Arbeitstag 60 deutscher Studenten gegen protestantischen Vorkurs statt. Der Rektor, Dr. Schmidt, hat an die Studenten geschrieben, daß sie sich nicht an die Anweisung halten sollen, die sie erhalten haben, und daß sie sich an die Anweisung halten sollen, die sie erhalten haben, und daß sie sich an die Anweisung halten sollen, die sie erhalten haben.

Paris, 21. Febr. Wie aus Nizza berichtet wird, muß das dortige russische Konsulat von der Polizei streng bewacht werden, da man ein Attentat gegen daselbst befürchtet. An der Front des Gebäudes wurde nämlich nachts von unbekannter Hand in der Nähe der Türschwelle angebracht: „Nieder mit dem feigen Kaiser.“

Der Reichsanwalt, Graf von Bülow hat auf dem Festmahl des Reichsanwalts ernannt, welcher die gestrige Rede des Reichsanwalts in Berlin eine hochbedeutende Rede gehalten, in welcher er die Landwirte darauf hinwies, daß mit Hilfe der neuen Landwirte die Landwirtschaft nicht ungenügend Handelsverträge die Landwirte überlassen zu lassen, sondern durch die Landwirte unter anderen auch das Genossenschaftswesen angeregt. Man wird nun nicht leugnen können, daß die Interessensvertretung der landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Provinz Sachsen, der Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften der Provinz Sachsen und der angrenzenden Staaten zu Halle a. S. angeregt. Es geht, von jeder Bemühung gewohnt, das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen auf allen Gebieten umfänglich zu heben und zu entwickeln, eingehend der hohen Bedeutung, welche heute dem landwirtschaftlichen Zusammenleben im wirtschaftlichen Leben umgeben anzusehen ist. Diese wichtige Arbeit des Verbandes wird am besten durch die Zentrale geleistet, bei der Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften der Provinz Sachsen und der angrenzenden Staaten zu Halle a. S., einmüthig vereinigt, welche am Ende des Jahres 1889 mit 14 Genossenschaften konstituiert wurde, heute nach einem Zeitraum von nur 15 Jahren eine Zahl von 816 Genossenschaften in sich vereinigt. Aber dieser Aufschwung des Verbandes aber möglich eine Zeitlang nicht die heimische Landwirtschaft einen schweren wirtschaftlichen Niedergang erleiden zu lassen, in der Zeit, in der bringende Arbeit nicht vorliegen, bemittelt sind, den genossenschaftlichen Gedanken in immer weitere Kreise der Landwirtschaft zu tragen.

Letzte Telegramme. Berlin, 21. Febr. Die Abreise des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen nach dem russischen Hauptquartier auf dem ostasiatischen Kriegsaufzuge wird erst Anfang nächster Woche erfolgen. Falls nicht inzwischen andere Dispositionen getroffen werden, wird sich der Prinz am Montag mit der Eisenbahn nach Genoa begeben und von dort aus der Dampfer die Reise antreten. Berlin, 21. Febr. Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, der gegenwärtig mit seiner Gemahlin im Aufbruch nach Wien, wird am 27. d. M. in Wien die heimische Landwirtschaft eines schweren wirtschaftlichen Niedergang erleiden zu lassen, in der Zeit, in der bringende Arbeit nicht vorliegen, bemittelt sind, den genossenschaftlichen Gedanken in immer weitere Kreise der Landwirtschaft zu tragen.

Berlin, 21. Febr. Der Generalgouverneur des Kaukasusgebietes, Konrad v. Tuppel, hat gestern wieder Berlin verlassen, nachdem er am Sonntag nach Stuttgart zum Kaiser verfahren war. Den hier und wieder in der Presse auftauchenden Gerüchten, daß der Prinz nach längerer Anwesenheit auf Urlaub hier mehrere Gouverneur mit wieder auf seinen Posten in Singtau zurückkehren, sondern daß der Prinz seiner Selbstbetätigung hinausgegangene Kapitän zur See von S. von S. in der Kaiserhof werden würde, steht, wie der „Volks-Anh.“ mitteilt, die positive Gegenlage.

Berlin, 21. Februar. Die Wahlprüfungscommission des Abgeordnetenhauses hat in ihrer heutigen Sitzung die Wahlen der Abgeord. Dr. Wolff-Gort (konl.) und Pettasohn (fr. Jngl.) für ungültig erklärt.

Dresden, 22. Febr. Geiern beschloß sich das Gesammtministerium unter dem Vorsitz des Königs in einer zweitägigen Sitzung mit der Angelegenheit der Grafen Montignone. Nach dem Bericht des Justizrats Körner hat das Gerücht über das anstößige Leben der Grafen, eine eiblich erhärtete Befragung gefunden. Abgesehen von der Sperrung der Apanage behält sich der sächsische Hof weitere Entscheidungen vor.

Dresden, 21. Febr. Justizrat Körner ist heute vormittag in Dresden eingetroffen und hat sich bald nach seiner Ankunft in das Hofschloß begeben; mittags empfing König Friedrich August den Justizrat in fast einstündigen Audienzen. Tadelbehalten. Wahrscheinlich wird sich morgen eine Ministerkonferenz mit der Angelegenheit beschäftigen.

Hannover, 21. Febr. An 900 Studenten der technischen Hochschule streifen. Sie versichern, sie würden nicht über wieder Vorlesungen hören, bis ein Disziplinverfahren eingeleitet würde, welches das frühere aufhebt. Rektor und Senat gehen Parteien und könnten nicht richten. Der Rektor der Hochschule, Barthelemy, hatte heute nur drei Hörer. Als er sich zeigte, wurde geschrien. Professor Barthelemy hielt eine Ansprache, worin er sagte, die Studenten seien von unglücklichen Leuten schlecht beraten. Die Erörterung gegen Rektor und Senat, deren Abhandlung in der Presse verlangt wird, wird in allen Kreisen fester.

Hannover, 21. Febr. Die königliche Anleihe-Liquidationskommission hat ihren Gesetzentwurf in bestimmter Form zur Hilfe gemacht, alle Bedürfnisse nur bei Deutlingen zu decken. Die gleiche Weisung ist an die Anlieber ergangen. Diejenigen Anlieber, welche der Weisung nicht entsprechen, sollen Einziehung aller staatlichen Vergünstigungen zu gewärtigen haben.

Wien, 21. Febr. Als Demonstration gegen den derzeitigen Universitätsrektor Hofkaplan Professor Dr. Schmidt fand morgen der Arbeitstag 60 deutscher Studenten gegen protestantischen Vorkurs statt. Der Rektor, Dr. Schmidt, hat an die Studenten geschrieben, daß sie sich nicht an die Anweisung halten sollen, die sie erhalten haben, und daß sie sich an die Anweisung halten sollen, die sie erhalten haben.

Paris, 21. Febr. Wie aus Nizza berichtet wird, muß das dortige russische Konsulat von der Polizei streng bewacht werden, da man ein Attentat gegen daselbst befürchtet. An der Front des Gebäudes wurde nämlich nachts von unbekannter Hand in der Nähe der Türschwelle angebracht: „Nieder mit dem feigen Kaiser.“

Paris, 21. Febr. Wie aus Nizza berichtet wird, muß das dortige russische Konsulat von der Polizei streng bewacht werden, da man ein Attentat gegen daselbst befürchtet. An der Front des Gebäudes wurde nämlich nachts von unbekannter Hand in der Nähe der Türschwelle angebracht: „Nieder mit dem feigen Kaiser.“



es lebe die russische Revolution." Berühmte Protestmeetings gegen die blutigen Ereignisse in Petersburg und Warschau sind angekindigt und man erwartet unmittelbar Kundgebungen.

Petersburg, 21. Febr. Die Unruhen in Wlka dauern fort, die gegenseitige Erbitterung steigert sich zum äußersten. Die Leute auf den Straßen fallen übereinander her, viele werden getötet oder vermurdet. In einzelnen Straßen wird geplündert, in einem Gebäude wird ein Käufer in Flammen. Die Lage der friedlichen Einwohner ist furchtbar; es herrscht allgemeine Panik.

Petersburg, 21. Febr. Die Einberufung eines gemeins. Sobor, die im Prinzip bereits beschlossene Sache war, wird vorläufig unterbleiben.

Petersburg, 21. Febr. Ganz Petersburg verlegt mit gespannter Aufmerksamkeit die einzelnen Horden des Konfliktes zwischen Berg und Stadt. Eine dem Hofe naheheißende Persönlichkeit erzählt, Orjensberg habe in seiner Abreise beim Zaren einen unangenehmen Empfang an Tat und Inhalt an Parolitäten am Tag geleistet, zum alle Einzelheiten, die man von der Abreise berichtet, sind ihm kein Zweifel darüber bestehen, daß Orjensberg vor ein Kriegsgericht gestellt wird. Am die Stelle des am Gesundheitsverfall leidenden Generals Kurapatin folgt Großfürst Nikolai Nikolajewitsch.

Warschau, 21. Februar. Heute wurde der Verberühmte Mord in seinem Hause von jüdischen Arbeitern getötet, und auf den Direktor einer Spitzenfabrik wurde ein Mordversuch gemacht, der jedoch misslang.

London, 21. Februar. Nach einer „Daily Mail“-Nachricht wurde behauptet, daß die Russen der Großbritanniens keine Verlangen mehr haben, die Verhandlungen über die Unterhandlung des Friedens zu eröffnen, sondern ausschließlich eine Klärung und von enormer Wichtigkeit zu sein.

New-York, 21. Febr. Das Repräsentantenhaus bewilligt nach heftigen Debatten zwei neue Schiffschiffe.

Wetter-Nachrichten auf Grund der Berichte der Deutschen Seewarte in Hamburg. (Nachdruck verboten.)

Samstag, 23. Februar: Windstark, leichter Frost, früh Nebel.

Freitag, 24. Februar: Volkig mit Sonnenchein, tags milde, Nachtfrost.

Nach amtlichen Nachrichten der Königl. Ostpreuss.-Verwaltung. Beobachtet in der Mittagszeit.

Table with 4 columns: Station, 21. Febr., 22. Febr., 23. Febr. Data includes temperatures for various locations like Königsberg, Berlin, and others.

Börsen- und Handelsteil.

Algemeines. Dividendenverhältnisse. Baumwollspinnerei Rote Erde, A.-G., 10% auf die Vorzugsaktion und 6 (4) % auf die gewöhnliche Aktien. Glycerin 90%, 10% (wie im Vorjahr).

Wien, 21. Februar. (Wettliner Produktenbörse). Die amtlich festgestellten Preise waren am Freitag: Weizen mittel 174,00 ab Bahn, Roggen mittel 138,00 ab Bahn, Gerste mittel 138,00 ab Bahn, Hafer mittel 138,00 ab Bahn, etc.

Wien, 21. Februar. (Wettliner Produktenbörse). Die amtlich festgestellten Preise waren am Freitag: Weizen mittel 174,00 ab Bahn, Roggen mittel 138,00 ab Bahn, Gerste mittel 138,00 ab Bahn, Hafer mittel 138,00 ab Bahn, etc.

Zentralstelle der Preussischen Landwirtschaftskammern. Preisverzeichnisse.

Table with 2 columns: Station, Price. Lists prices for various goods like flour, oil, and other agricultural products across different stations.

Waren- und Produktensberichte. Getreide.

Hamburg, 21. Februar. Weizen ruhig, Weizenbrot, und Weizenmehl 176-178. Roggen ruhig, Weizenbrot, und Weizenmehl 148-150.

Hamburg, 21. Februar. Weizen ruhig, Weizenbrot, und Weizenmehl 176-178. Roggen ruhig, Weizenbrot, und Weizenmehl 148-150.

Hamburg, 21. Februar. Weizen ruhig, Weizenbrot, und Weizenmehl 176-178. Roggen ruhig, Weizenbrot, und Weizenmehl 148-150.

Hamburg, 21. Februar. Weizen ruhig, Weizenbrot, und Weizenmehl 176-178. Roggen ruhig, Weizenbrot, und Weizenmehl 148-150.

Hamburg, 21. Februar. Weizen ruhig, Weizenbrot, und Weizenmehl 176-178. Roggen ruhig, Weizenbrot, und Weizenmehl 148-150.

Hamburg, 21. Februar. Weizen ruhig, Weizenbrot, und Weizenmehl 176-178. Roggen ruhig, Weizenbrot, und Weizenmehl 148-150.

Paris, 21. Febr. (Schluß). Weizen stetig, per Februar 23,15, per März 23,40, per April 23,60, per Mai 23,80, per Juni 24,00, per Juli 24,20, per August 24,40, per September 24,60, per Oktober 24,80, per November 25,00, per Dezember 25,20.

Hamburg, 21. Februar. (Mineralienbericht). Silber - Notizkurs 1. Produkt 88% Rendement neue Platte, für ein Gold Hamburg per Februar 30,50, per März 30,60, per April 30,70, per Mai 30,80, per Juni 30,90, per Juli 31,00, per August 31,10, per September 31,20, per Oktober 31,30, per November 31,40, per Dezember 31,50.

Hamburg, 21. Februar. Petroleum. Raffiniertes Petroleum weiß 18 1/2 % Br., do. per Februar 18 1/2 % Br., do. per März 18 1/2 % Br., do. per April 18 1/2 % Br., do. per Mai 18 1/2 % Br., do. per Juni 18 1/2 % Br., do. per Juli 18 1/2 % Br., do. per August 18 1/2 % Br., do. per September 18 1/2 % Br., do. per Oktober 18 1/2 % Br., do. per November 18 1/2 % Br., do. per Dezember 18 1/2 % Br.

Hamburg, 21. Februar. Spiritus ruhig, Februar 26 %, Februar März 26 %, März April 26 %, April Mai 26 %, Mai Juni 26 %, Juni Juli 26 %, Juli August 26 %, August September 26 %, September Oktober 26 %, Oktober November 26 %, November Dezember 26 %.

Hamburg, 21. Februar. Milch. Milch 100 Liter 1,20 bis 1,25. Butter 100 Liter 1,80 bis 1,85. Käse 100 Liter 1,50 bis 1,55.

Hamburg, 21. Februar. Fleisch. Rindfleisch 1,20 bis 1,25. Schweinefleisch 1,30 bis 1,35. Geflügel 1,40 bis 1,45.

Hamburg, 21. Februar. Holz. Holz 100 Kubikmeter 1,00 bis 1,05. Brennholz 100 Kubikmeter 0,50 bis 0,55.

Hamburg, 21. Februar. Eisen. Eisen 100 Kubikmeter 1,00 bis 1,05. Stahl 100 Kubikmeter 1,10 bis 1,15.

Hamburg, 21. Februar. Textilien. Textilien 100 Kubikmeter 1,00 bis 1,05. Baumwolle 100 Kubikmeter 1,10 bis 1,15.

